Vermerk:**Ausstattungsqualitäten der Flüchtlingsunterkünfte, DS-Nr. 16/0008**

Der vorstehenden Sitzungsvorlage ist zu entnehmen, dass für die Ausstattung der Flüchtlingsunterkünfte in der Variante I zusätzliche Finanzmittel in Höhe von 6,1 Mio. € bereitzustellen wären. Eine Aussage zur Finanzierbarkeit des Mehrbedarfs ist derzeit schwierig, da es bisweilen noch keine verbindliche Aussage des Landes zur Kostenerstattung gibt. Zwar wurden aus Gesprächen zwischen der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden Erstattungsbeträge und –modalitäten genannt, normiert sind diese jedoch bislang nicht. Es zeichnet sich zudem ab, dass für die Erstattungspauschalen 2016 weiterhin das bislang praktizierte Stichtagsverfahren (31.12. des Vorjahres) für die Berechnung der Pauschalen Anwendung finden soll. Die sog. Pro-Kopf-Pauschale soll nach derzeitigen Kenntnisstand erst ab dem Jahr 2017 eingeführt werden. Inwieweit diese Erträge kostendeckend sein werden, kann derzeit nicht prognostiziert werden.

Zu bedenken ist jedoch, dass die Aufwendungen für Zinsen und Abschreibungen abhängig sind von der Höhe der Investition und den jeweiligen Laufzeiten, d.h. der Nutzungsdauern der zu errichtenden Einrichtungen und der Laufzeiten der in Anspruch zu nehmenden Investitionskredite. Eine Aussage dahingehend, dass auch diese Aufwendungen durch die Erstattungspauschalen gedeckt werden können, ist per heute aus den o.g. Gründen leider nicht möglich.

Mit Blick auf die haushalterische Gesamtsituation der Stadt empfehle ich aber, die Investitionsausgaben auf das notwendige Mindestmaß zu beschränken.

gez. Rupp

Stadtkämmerer